

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werftätigen Volkes

Abonnementpreise mit der täg. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst samt der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Postgebühren monatlich 30 Pf. Durch den Postbezugsvertrieb Nr. 275 unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn Nr. 5. — Erscheint tags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Gedaktion: Es Zwingertstraße 14, U. Tel. 3465.
Erscheinenszeiten: am Montag von 12 bis 1 Uhr.
Erscheinenszeiten: Es Zwingertstraße 14, U. Tel. 1769.
Erscheinenszeiten: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6zeilige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Veranschlagungen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 282.

Dresden, Mittwoch den 6. Dezember 1911.

22. Jahrg.

Das Ende einer Legislaturperiode.

So hat denn der Reichstag sein Ende erreicht, der aus den Wahlen des Reichstages vom 1907 hervorgegangen und erst unter dem Zeichen des Wählblocks, dann unter dem des schwarzen Wählblocks stand. Eine Periode der politischen Unstetigkeit und der Enttäuschungen ist endlich vorüber.

Der letzte Tag dieses Reichstages brachte zunächst noch den Abschluß des Privatangestelltengesetzes. Dieses Gesetz ist recht mangelhaft, aber sein Grundgedanke, daß auch die Angestellten in das Reichsversicherungswesen einbezogen werden sollen, ist von uns Sozialdemokraten immer vertreten worden. Für unsere Fraktion begründete Genosse Hochberg und für unsere Zustimmung zu diesem Gesetz, das zwar sehr unzureichend ist, aber andererseits durch unsere Bemühungen in einiger Hinsicht verbessert worden ist. Auch das Haus der Abgeordneten hat es mit Zustimmung angenommen. Es enthält ein paar kleine Fortschritte und wenigstens keinen Rückschritt, so daß unsere Fraktion in der Schlussabstimmung für die Billage stimmte.

Die Nachmittags-Sitzung gehörte nochmals der auswärtigen Politik, dem Marokkoabkommen und den deutsch-englischen Beziehungen. Mit bestimmter Absicht hatte man diese Debatte an das Ende der Verhandlungen gestellt. Noch einmal — das sollte der Ausklang des Reichstages sein — sollten die nationalen Leidenschaften für den Wahlkampf zu hellen Klammern entzündet werden. Jedoch dieser Versuch blieb in recht schwachen Ansätzen stecken. Es fehlte doch, nach allem was vorhergegangen, der rechte Mut zu den beliebtesten chauvinistischen Tiraden. Man fürchtete, daß durch erneute Reden, wie sie in der ersten Lesung des Marokko-Abkommens gehalten worden sind, die internationale Situation ernsthaft erschwert und verwickelt werden würde. Nicht nur der Zentrumsvorredner Freyler v. Herwig, sondern auch der konservative Redner Graf Westarp, der statt des Herrn v. Heydebrand diesmal vorgelesen wurde, hielt sich von schärferen Angriffen gegen den Reichstagler und andererseits gegen das Ausland zurück. Nur Herr Westarp, der jetzige Kandidat für Saarbrücken, mußte etwas kräftiger ins „nationale Horn“ blasen, um dem beabsichtigten national-liberalen Wahlrappel doch ein wenig vorzugeben. Der Reichstagler selbst bestrich die Darstellung des englischen Ministers Edward Grey über die Vorgänge im Juli dieses Jahres. Er ist der Meinung, daß die deutsche Regierung keinen Anlaß zu englischen Argwohn wegen ihrer Absichten in Marokko gegeben habe. Er bleibt dabei, daß die Stellung Englands, wie sie besonders in Lloyd Georges Worten zum Ausdruck kam, nicht die Grundanschauung der Nationen habe, die die englische Regierung gegen Deutschland zu hegen erklärte. Er begrüßt aber die friedlichen Absichten Greys und versichert, daß auch die deutsche Regierung von der Absicht befreit sei, unter Wahrung der deutschen Interessen mit England in gutem Einvernehmen zu leben.

Von Bedeutung ist es, daß der Reichstagler sich keineswegs zu dem von mancher Seite erwarteten Widerruf seiner heftigen Anklagen gegen den Mißbrauch des Patriotismus zu Wahlzwecken herbeiließ. Immerhin meint eine Art Waffenstillstand zwischen Weismann-Hollweg und den Konservativen zu bestehen. Die um Heydebrand bescheidenen Reichstagler noch für die Wahlen, nachher soll ihm das Schicksal ergehen, daß er wagt, den unentwegtesten Patrioten die heuchlerische Maske herunterzureißen.

Würdig und erfreulich waren die Worte des alten links-liberalen Schrader. Es war die Abjurationsrede dieses Mannes, der sich in den Zerrüttungen seiner Partei noch immer Anstand und Rechtsgefühl zu wahren beflissen war. Er wendete sich gegen die Nationalisten, die in der auswärtigen Politik alles auf Machtklagen hinauspielen, während es nötig ist, auch in den internationalen Zuständen das Recht zur Geltung zu bringen. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Weber, nahm die Gelegenheit wahr, das Erregende der national-liberalen Wahlparole mit fester Hand in den Grund zu zerhacken. Die sozialdemokratische Fraktion konnte ihre Tätigkeit im alten Reichstag nicht besser beschließen, als mit dieser vorletzlichen Rede ihres großen Führers. Wäre nun das werftätige Volk Deutschlands den 12. Januar 1912 zu einer großen Kundgebung für die Politik des Sozialfriedens gehalten!

Die deutschen Getreidezölle.

In die kommende Reichstagsperiode fällt die Kreuzung der deutschen Zoll- und Handelspolitik. Die nachteiligen Wirkungen der bestehenden Zölle führt heute jeder, der nicht am Getreideverkauf als Großhändler oder nicht an der schweren Industrie als Unternehmer interessiert ist, an seinem Glibdort. Vor allem der Lohnarbeiter und der mit festem Gehalt Angestellte, der Beamte, aber auch der kleine Landwirt empfindet, wie seine Lebenslage durch die fortgesetzte Kreuzung, die mit Inkrafttreten des neuen Zolltarifs einsetzt, verschlechtert wird. Eine Umkehr von dieser Zollpolitik ist nötig, wenn der ständigen Besserung der Lebensmittel ein Ende gemacht, der Preisbewegung eine andere Richtung gegeben werden soll. Im Mittelpunkt der Zollfrage stehen die Getreidezölle, die nicht nur das

wichtigste Lebensmittel betreffen, sondern auch das größte Hindernis bilden für gute Handelsverträge; die außerdem nur einem einzigen Teil der Landwirtschaft, den großen Grundbesitzern, zugute kommen und die Grundlage der wirtschaftlichen und somit auch der politischen Macht des ostpreussischen Junkertums bilden. Die Macht dieses Junkertums, des Feudaladels, ist aber eines der größten Hindernisse, die der freiheitlichen Ausgestaltung Deutschlands im Wege stehen. Die Getreidezölle bedeuten also nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen politischen Schaden für das deutsche Volk. Die Reichstagswahlen werden vor allem auch um die Getreidezölle ausgekämpft werden müssen. Und die Aufstellung der Frage in einer solchen als Heft 5/6 der Volkswirtschaftlichen Zeitschrift (Verlag von Leonard Simon, Berlin 1911) erschienenen Abhandlung durch Dr. Georg Hohmann ist daher recht zeitgemäß.

In den 50er Jahren erklärte die konservative Kreuzung die Handelsfreiheit als eine Konsequenz der christlichen Religion und im Plane der göttlichen Weltordnung begründet, während der Schutz vor ein menschliches Mächtwort sei, ein Schutzwort, welches die Menge bezahle und die Priester dann unter sich verteilen; Hungersnöden, Zuznahme der Verbrechen, Staatsbankrotte erzählten, was dieser Götze leiste. Mit der Zeit haben nun die „Mitter und Seilgen“ in der konservativen Partei und im Zentrum die göttliche Weltordnung den tatsächlichen veränderten Interessen entsprechend umgekehrt zurückgelegt. Solange die Junker auf den Getreidepreis angewiesen waren, bekannten sie sich zum Freihandel. Als Deutschland ein Industrie- und Handelsland geworden war, schützten sie sich den Inlandsmarkt durch hohe Zölle, um das Volk zu schädigen zu können.

Die sinkende Tendenz der Getreidepreise auf dem Weltmarkt brachte den Getreideproduzenten keine Besserung ihrer Einnahmen. Denn das Sinken der Preise war der Ansporn zur Verbesserung der Bodenkultur und der Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik. Die landwirtschaftliche Produktivität ist dadurch ganz gewaltig gestiegen, und zwar seit 30 Jahren um 65 Prozent. Gleichzeitig wurden die künstlichen Düngemittel ganz erheblich verbilligt. Die Phosphorsäure kostet heute etwa ein Drittel des Preises vor 30 Jahren, und durch die Thomas-Schlacke, die bei der Entphosphorung des Eisens gewonnen wird, sank die Phosphorsäure noch mehr im Preise, so daß sie in der Zeit von 1880 bis 1897 um 45 bis 65 Prozent verbilligt wurde. Die Rückfälle sanken in den letzten 30 Jahren um 41 Prozent im Preise, die Stickstoffe um 58 Prozent. Der Gehalt der landwirtschaftlichen Arbeiter ist in dieser Zeit aber nur um ein geringes gestiegen, ganz abgesehen davon, daß die Produktivität der Arbeit. Berücksichtigt man im Jahre 1907 nur 7 109 108 in der Landwirtschaft tätige Personen die Arbeit, welche 1882 von 9 721 406 Personen geleistet worden war. Zu allem kommt aber noch, daß Investitionen mit staatlichen Mitteln vorgenommen wurden; die Kapitalbeschaffung durch Verbilligung des hypothetischen Zinsfußes auf 3 1/2 Prozent erleichtert worden ist und ferner Kostenersparnisse durch Zusammenlegung von Grundstücken und durch Selbstregulierung erzielt worden sind; die Vervielfachung allein durch die bayerische Färbereinigung in der Zeit 1886 bis 1909 wird auf 12 1/2 Millionen Mark beziffert.

Die landwirtschaftlichen Produktionskosten haben sich also ständig verringert, ebenso, wenn auch nicht in demselben Maße, wie die Produktionskosten in der Industrie, wo die Produktivität wesentlich mehr zugenommen hat. Die sinkende Tendenz des Getreidepreises bedeutet für die Landwirtschaft deshalb keinen Ausfall an Einnahmen, da ja die Erträge von Roggen allein von 1882 bis 1909 um 55 Prozent gestiegen sind; ähnlich die Erträge der anderen Getreidefrüchte. Die Landwirtschaft ist also trotz in der Lage, das Getreide zum Weltmarktpreis herzustellen, zumal ja auch durch weitere Investitionen, Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik usw. die landwirtschaftliche Produktivität, wie in den wissenschaftlichen Versuchsanstalten in Halle nachgewiesen worden ist, noch um 100 Prozent gesteigert werden kann!

Trotz dieser Steigerung der Produktivität kann die deutsche Landwirtschaft den Bedarf Deutschlands an Getreide nicht decken. Der Bedarf wurde vom Inland gedeckt 1906/10 in Roggen zu 100 Prozent, in Weizen zu 61,9 Prozent, in Getreide zu 100 Prozent, in Gerste zu 54,7 Prozent und Hafer zu 100 Prozent. Also wird nur der Roggen- und Haferbedarf heute auf deutschem Boden erzeugt, der Weizen zu ungefähr einem Drittel und die Gerste zu 45,3 Prozent des Bedarfs vom Ausland bezogen. Ohne eine Einfuhr von Getreide kann Deutschland deshalb gar nicht bestehen. Auf jeden Fall aber demüht der Zoll, daß der Getreidepreis in Deutschland um so viel höher ist gegenüber dem Weltmarktpreis, als der Zollbetrag ausmacht. Außerdem wurden durch die deutschen Getreidezölle die Getreide-Exportländer Rußland, Oesterreich-Ungarn und Amerika zu Repressalien gegen die deutsche Zollpolitik veranlaßt, und da diese mit schlechten Gütern zusammenfielen, waren nicht nur Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne, sondern auch abnormale steigende Weltpreise die Folgen. Deshalb bezifferte auch der Kaiser die Herabsetzung der Getreidezölle unter Caprioli von 5 auf 2,50 M. als „rettende Tat“ und der Zentrumsvorredner Freyer als „Großtat der neuen Ära“.

Mit dieser „rettenden Tat“ war freilich das ostpreussische Junkertum nicht einverstanden, das nun den Land der Landwirtschaft gründe, und mit Hilfe dieser Schutztruppe und dank seines Einflusses in der Regierung gelang es ihm, in Verbindung mit den national-liberalen Hochschulzählern den Zolltarif von 1902 durchzusetzen, der einen Mindestzoll für Weizen von 5,50 M., Roggen von 5 M., Hafergerste von 4 M., Futtergerste von 1,50 M. und Hafer von 5 M. vom 1. März 1908 an einführt. Damit wurde der Lebensunterhalt des deutschen Volkes um etwa eine Milliarde jährlich verteuert (bei Roggen und Weizen allein betrug 1908 die Verzehrung 608 750 000 M.). Und eine Kreuzung zog die andere nach sich, bis alle Lebensmittel im Preise stiegen, wie es in der jüngsten Zeit der Fall war.

Wenn nun aber nun die hohen Getreidepreise? In Baden wählte der Vorliegende des Landwirtschaftlichen Vereins einmal aus,

daß die Landwirte in der Pfalz, Unter- und Oberpfalz und die Weingärtner in Mittel- und Oberpfalz Getreide zu kaufen müßten. Für Weizen in Baden sagt Marquard auf Grund seiner Berechnungen: „Wirtschaftliche Vorteile von höheren Zöllen haben nur die Güter mit über 50 Hektar Besitz“, das heißt 0,19 Prozent sämtlicher Betriebe, also nur ganz vereinzelte große Güter. In Baden haben nach Rußland nicht mehr als 2 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe ein Interesse an den Getreidezöllen. In der Provinz Hannover hatte nach einer Enquete des früheren national-liberalen Reichstagsabgeordneten Rathmann die überwiegende Anzahl der bestagten Landwirte kein Interesse für Getreidezölle. Der Reichstagsler Fürst Hohenlohe stellte in seiner Reichstagsrede vom 25. März 1895 fest, daß im ganzen Reich nur 21 Prozent der Landwirte an hohen Getreidezöllen interessiert seien. Für Sachsen aber erklärte der damalige sächsische Minister v. Wegsch im Reichstags: Die sächsische Landwirtschaft, die den Markt vor der Tür habe, bedürfe keines Zollschutzes.

Die Getreidezölle sind somit im wesentlichen nichts anderes als eine Liebesgabe für das ostpreussische Junkertum. Diese Liebesgabe muß das deutsche Volk aus seiner Tasche bezahlen. Konrad, dessen interessantes Buch wir seinerzeit besprochen, berechnet den jährlichen Durchschnittsverbrauch an Getreide bezogen auf den Kopf der Bevölkerung auf 2 Doppelcentner, für eine normale fünfköpfige Familie bedeutet also nach dieser Berechnung die jährliche Weizenabgabe für Brot und Mehl über 50 Mark! Diesen Tribut muß der Arbeiter, der Beamte, der Geschäftsmann jährlich leisten, infolge der Getreidezölle zur Erhaltung des ostpreussischen Junkertums, des Feudaladels, entrichten! Kann es da angeht dieser Last, die eine andere Lösung geben, als die: Weg mit den Getreidezöllen! Und nieder mit den Brotwucherparteiern, den Konservativen und National-liberalen, den treuesten Schutztruppen des ostpreussischen Junkertums und des Bundes der Landwirte!

Wahlkampf.

Unbequeme Tatsachen.

Wegen Feststellungen, die freilich den herrschenden Klassen und ihrem Organ, der Regierung, höchst unangenehm sind, wendete sich in einer Sitzung der Ortsgruppe Berlin des Deutsch-evangelischen Frauenbundes der Geheimen Oberregierungsrat Zahn, Vortragender Rat im Reichshausamt. Dieser Herr vertritt sich über die Bismarck des Reichstags und machte den schwächlichen Versuch, die von sozialdemokratischer Seite aus diesen so berechnen Bismarck gegengenen Schlussfolgerungen zu entlocken.

Die Sozialdemokratie hat ja wiederholt darauf hingewiesen, daß 19 Zwanzigstel der wirklichen Einnahmen des Reiches für militärische und weltpolitische Zwecke ausgegeben würden. An diesen Tatsachen selbst konnte auch der Schönfärbler aus dem Reichshausamt nichts ändern. Er gab zu, daß die Nettoeinnahmen des Reiches 1770 Millionen betragen, wovon 1454 Millionen auf Oest., Marine und Kolonien entfallen. Rechnet man dazu noch die 160 Millionen Schuldenverzinsung — was unbedingt geschehen muß, da unsere Schulden ja fast ausschließlich für militärische Zwecke konfabriert worden sind —, so ergibt sich, daß circa 1700 Millionen für unseren Militarismus verausgabt werden!

Auch gegen die Nettoeinnahme selbst konnte der Herr Oberregierungsrat selbstverständlich nichts einwenden, da ja nur sie ein Bild von den wirklichen Einnahmen und Ausgaben des Reiches gibt, während die Bruttoeinnahme, die 2 V. die Einnahmen aus den Staatsbetrieben sowohl unter Einnahmen und Ausgaben erscheinend läßt, ja nur dazu angetan ist, das wirkliche Bild der Finanzen zu verschleiern.

Dennach warf der Herr Geheimen Oberregierungsrat der Sozialdemokratie „große Fälschungen und Entstellungen“ vor. Denn die Sozialdemokratie „verschweige völlig, daß außer dem Reich auch noch die Bundesstaaten existierten, und daß gerade diesen Bundesstaaten die Vertriebung der sogenannten Kulturaufgaben zugewiesen sei.“

Diese Behauptung ist freilich nichts als eine grobe Fälschung und Entstellung des Geheimen Oberregierungsrats selbst. Denn die Sozialdemokratie hat bei ihrer Kritik auch die Existenz der Bundesstaaten und ihrer Aufgaben selbstverständlich nicht unberücksichtigt gelassen. Aber in den Bundesstaaten liegt es eben leider auch so, daß dort die Kulturaufgaben schmählich ruhen, daß für eine vernünftige Volksschule, für eine vernünftige Wissenschaftspflege, für unabhängige Bezahlung der Staatsarbeiter und Urteilsbeamten, für hygienische und sanitäre Maßnahmen usw. kein Geld übrig ist und außerdem sollte doch auch das Reich nicht nur den Militarismus mästen, sondern auch sozialpolitische Aufgaben lösen! Dafür aber ist gerade wegen der Millionenausgaben und der nie zu stillenden Unersättlichkeit des Rohen Militarismus und Marinismus leider nie das nötige Geld vorhanden! Insofern also ist die sozialdemokratische Kritik an dem Reich, das nichts ist als eine Maske für den Militarismus, voll und ganz berechtigt.

Wenn dann aber der Herr aus dem Reichshausamt auch offenkundig Unrichtigkeiten über die wesentlichen geistigen Lebenshaltung auch der arbeitenden Klassen vorbrachte und sich zum Beweis dafür auf das Wachstum der Sparkasseneinlagen berief, so gebrauchte dieser Herr auch wieder nur den alten unehelichen Trick, die Sparkasseneinlagen einfach als Beweis der arbeitenden Klassen auszugeben, während wir bereits wiederholt schlagend nachgewiesen haben, daß auch das Vermögen, das in Sparkassen niedergelegt ist, zum weitaus größten Teil den Besitz der besserstehenden Klassen darstellt.